

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
07/2014*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Bevor in der nächsten Woche die Sitzungspause des Parlaments beginnt, hat der Nationalrat in drei langen Tagen noch einmal eine ganze Reihe wichtiger Themen diskutiert und auf den Weg gebracht. Unter anderem die Hochleistungs-Breitband-Infrastruktur, die Abbaueinheit der Hypo Alpe-Adria, die Sanierung des Parlamentsgebäudes und die Erhöhung der Sicherheit von Schülertransporten.

Es enden zwar die Plenarsitzungen, nicht aber der EU Hautausschuss, in dem am Freitag noch wichtige Verhandlungen zur Vorbereitung des Europäischen Rats stattfinden. Überdies soll Johannes Hahn als österreichischer Kommissar beschlossen werden. Erst Montag ist dann Tagungsende, sodass wir die Zeit vermehrt für inhaltliches Arbeiten nutzen können.

Wie im letzten Infoletter vom 25. Juni bereits angekündigt, war ich vom 28. Juni – 02. Juli auf der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die in Baku, Aserbaidshan stattfand. Auf der Sitzung wurde ich von den anwesenden Delegierten der 57 Mitgliedsländer zu einer von 9 Vize-PräsidentInnen der Versammlung gewählt. Nähere Informationen findet Ihr weiter unten im Newsletter.

Ich wünsche Euch allen eine schöne und erholsame Sommerzeit!

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Von 8. bis 10. Juli trat der Nationalrat zu Plenarsitzungen zusammen. Gleich am Dienstag beschäftigten sich die Abgeordneten nach einer Aktuellen Stunde zur Hochleistungs-Breitband-Infrastruktur mit der Abbaueinheit der Hypo Alpe Adria. Diese garantiert die für Österreichs SteuerzahlerInnen lukrativste Verwertung der verbleibenden Assets sowie einen raschen Verkauf der Osteuropatöchter. In der Folge wurden die Bestimmungen für Selbstanzeigen anlässlich von Finanzprüfungen verschärft. Am Mittwoch wurde nach einer Fragestunde an Minister Ostermayer die Sanierung des Parlamentsgebäudes, die Erhöhung der Sicherheit von Schülertransporten und Verbesserung für Menschen mit Behinderung beschlossen. Am Donnerstag konnte nach einer Fragestunde an den Außenminister die 15a-Vereinbarung über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots fixiert und der ORF verpflichtet werden, das Film/Fernsehabkommen auch weiterhin mit acht Millionen jährlich zu unterstützen.

Der Dienstag startete mit einer **Aktuellen Stunde** zu dem Thema „Digitale Zukunft aktiv gestalten: Für eine digitale Offensive zur flächendeckenden Verfügbarkeit von Hochleistungs-Breitband-Infrastruktur in ganz Österreich.“ Infrastrukturministerin **Doris Bures** bekräftigte, dass ihr Ressort über einen **konkreten Plan** zum unbedingt nötigen und im Regierungsprogramm vereinbarten Breitbandausbau verfüge. Das Infrastrukturministerium hat hierzu bereits zahlreiche Schritte gesetzt: So wurde u.a. schon im Jahr 2012 die **Breitbandstrategie 2020** präsentiert, auch wurden bereits **Eckpunkte eines Masterplans zur Breitbandförderung** unter Einbeziehung von ExpertInnen erarbeitet und unter Hinzuziehung von VertreterInnen der Wirtschaft, der Länder und Gemeinden intensiv diskutiert.

Damit es mit dem so wichtigen Breitbandausbau weitergehen kann, **braucht** es jetzt die **Finanzierungsvereinbarung mit dem Finanzminister**. Nur mit dieser Vereinbarung kann das Infrastrukturministerium die nächsten Schritte setzen, um so das **Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit modernem, ultraschnellem Internet bis 2020** zu erreichen. In der Folge wurde vor allem über die Abbaueinheit der Hypo Alpe Adria-Bank diskutiert und standen weitere Materien aus dem Finanz-, Umwelt-, Landwirtschafts- und Menschenrechtsausschuss auf der Tagesordnung.

Der **Mittwoch** begann mit einer **Fragestunde** an den **Bundesminister für Kunst, Kultur, Verfassung und öffentlicher Dienst**. Dabei kamen vor allem die Situation am **Burgtheater**, die Organisation der **Bundestheater-Holding**, die **Föderalismus- und Aufgabenreform**, die **Abschaffung des Amtsgeheimnisses** und die Situation des **ORF** zur Sprache. **Kulturminister Ostermayer** nutzte die Fragestunde, um die Abgeordneten darüber zu informieren, dass **Günter Rhomberg**, der ehemalige

Festspielpräsident der Bregenzer Festspiele und derzeitige ehrenamtliche Stiftungsvorstand der Theater in der Josefstadt Privatstiftung, ab 1. September 2014 bis längstens 31. Dezember 2015 die **interimistische Geschäftsführung der Bundestheater-Holding** übernehmen wird.

Im Anschluss wurden Materien aus dem Verkehrs-, Sozial-, Wirtschafts- und Gesundheitsausschuss diskutiert. Ebenfalls beschlossen werden konnte mit den Stimmen der Grünen das **Energieeffizienzgesetz**. Im Wesentlichen geht es bei dem Gesetz darum, vor allem Energieversorger, Groß-Unternehmen und Bundesstellen dazu zu bewegen, den **Energieverbrauch bis 2020** einzubremsen. Zwei **Kurzdebatten** widmeten sich am Nachmittag den Themen **Nahrungsmittelsicherheit** und **Sozialversicherung**.

Am **Donnerstag** stand zu Beginn eine **Fragestunde an den Außenminister** auf der Tagesordnung. An Themen wurden dabei ein **Burkaverbot**, die Situation in der **Ukraine** und im **Nahen Osten**, die Einführung einer **Autobahnmaut** für Ausländer in Deutschland, die Prioritätensetzung in der **Entwicklungszusammenarbeit** und die Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik in **Lateinamerika** angesprochen. In der Folge wurden Materien aus dem Verfassungs-, Menschenrechts-, Familien- Unterrichts und Justizausschuss beschlossen.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Dienstag, 8. Juli 2014

Abbaueinheit für die Hypo Alpe-Adria beschlossen ([188 d.B.](#))

Mit den **Stimmen der Regierungsfractionen** beschloss der Nationalrat ein Gesetz, das die **Abwicklung der Hypo-Alpe-Adria-Bank** regeln soll. Mit diesem Bundesgesetz wird der Weg der **besten Lösung** für die Abwicklung der Hypo Alpe Adria-Bank beschritten. Die im Hypo-Gesetz verankerte Abbaugesellschaft ermöglicht die **Verwertung der verbleibenden Assets** sowie einen **raschen Verkauf der Osteuropatöchter**. Das Ziel ist eine möglichst **budgetschonende Lösung** durch die Beteiligung nachrangiger GläubigerInnen.

Das **Gesetzespaket** für die Hypo Abbaueinheit besteht aus insgesamt **sechs TeilsGesetzen**. Nach diesen besteht die **Hypo bis Herbst 2014** noch als **Kreditinstitut weiter**, dann werden **Sanierungsmaßnahmen** vorgenommen und sie wird über das Gesetz zur Schaffung einer Abbaueinheit **dereguliert**. **Italiengeschäft** und **Südosteuropa-Netzwerk** bleiben in einem eigenen verkaufbaren gesellschaftsrechtlichen Rahmen bestehen.

Höhere Strafen bei Steuerbetrug und -hinterziehung – Finanzstrafgesetznovelle 2014 [\(191 d.B.\)](#)

Im Zuge der **Finanzstrafgesetznovelle 2014** hat der Nationalrat eine **Verschärfung bei Selbstanzeigen** beschlossen. Mit der Finanzstrafgesetznovelle werden **Selbstanzeigen** im Zuge von **Betriebsprüfungen** mit **hohen, progressiv gestaffelten Zuschlägen** auf die Abgabenschuld von bis zu 30 Prozent belegt. In Kraft treten wird das Gesetz am **1. Oktober 2014**. Durch die Novellierung des Finanzstrafgesetzes ist mit **Einnahmen von bis zu 260 Millionen Euro** bis zum Jahr 2018 zu rechnen.

Weitere Beschlüsse

Anpassung Rechtslage für Bankenaufsicht [\(189 d.B.\)](#)

Die Europäische Zentralbank übernimmt ab November 2014 die Aufsicht über heimische Kreditinstitute im Rahmen der Bankenaufsicht. Dafür wurde nun die nationale Rechtslage angepasst.

Alternative Fonds dürfen sich nicht mehr nur auf Ratingagenturen verlassen [\(190 d.B.\)](#)

Eine Mehrheit von SPÖ, ÖVP und Grünen sprach sich für Änderungen im Pensionskassengesetz, im Alternativen Investmentfonds Manager-Gesetz und anderen Gesetzen aus, deren Ziel es ist, dass sich die Gesellschaften nicht mehr ausschließlich auf das Rating von Ratingagenturen verlassen, sondern von sich aus das Risiko ihrer Investitionen zu kennen und zu bewerten. Nebenbei wird vermögenden privaten Investoren Zugang zu Alternativen Fonds ermöglicht.

Selbsterzeugte erneuerbare Energie bis 25.000 kWh steuerfrei [\(192 d.B.\)](#)

Mit der Neuregelung bleibt selbsterzeugte elektrische und nicht ins Netz eingespeiste Energie aus erneuerbaren Primärenergieträgern (Photovoltaik, Kleinwasserkraftwerke, Windenergieanlagen) bis 25.000 kWh steuerfrei.

Gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen [\(193 d.B.\)](#)

Dieses multilaterale Abkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen unterzeichnen die Mitgliedstaaten des Europarates und der OECD. Es wird die Zusammenarbeit zwischen den Steuerbehörden im Bereich Informationsaustausch, Vollstreckungshilfe und Zustellung von Schriftstücken geregelt.

Abkommen über den Informationsaustausch in Steuersachen mit Guernsey [\(194 d.B.\)](#)

Um die OECD-Standards zur Amtshilfe umzusetzen, wird mit Guernsey ein Abkommen über den Informationsaustausch in Steuersachen betreffend der Ertragssteuern vereinbart.

Protokoll zur Unterbindung des unerlaubten Handels mit Tabakwaren [\(195 d.B.\)](#)

Im Protokoll zur Unterbindung des unerlaubten Handels mit Tabakwaren verpflichten sich die unterzeichneten Staaten dazu, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Lieferkette beim Handel mit Tabakwaren zu kontrollieren und unerlaubten Handel zu unterbinden bzw. zu verfolgen.

Novelle Wasserrechtsgesetz bringt Rechtssicherheit für Gemeinden [\(222 d.B.\)](#)

Diese Novelle wurde insbesondere aufgrund von Gemeindezusammenlegungen notwendig, weil es für die neuen Gemeinden keine Übertragung von Benutzungsrechten gibt, die nicht mit dem Eigentum an der Liegenschaft oder Betriebsanlage verbunden sind. Das wurde nun geändert.

Antrag zu überflutungssicheren Tankanlagen [\(223 d.B.\)](#)

Beschlossen wurde die Absicherung von Öltanks in Gebäuden gegen Überflutungen, da bei Überschwemmungen in den letzten Jahren Tankräume oftmals beschädigt wurden und die Umwelt durch austretendes Öl beeinträchtigt worden ist.

Problem Mikroplastik [\(225 d.B.\)](#)

Mikroplastik kommt in vielen Alltagsprodukten vor, in denen man es nicht erwartet, wie zum Beispiel in Kosmetik- und Haushaltsprodukten. Für die Umwelt wird dieser Umstand zu einem immer größer werdenden Problem. Bevor man ein generelles Verbot für Mikroplastik beschließt, soll man die steigende Problematik auf gesamteuropäischer Ebene koordinieren und diskutieren. Darüber hinaus sollen noch einige Forschungsinitiativen gestartet werden.

Berichtspflicht der AMA sorgt für mehr Transparenz und Kontrolle [\(251 d.B.\)](#)

Mit großer Zustimmung wurde die jährliche Berichtspflicht der AMA Marketing GmbH, einer 100%-Tochter der AMA, vom Nationalrat beschlossen. Die Berichtspflicht ist ein erster wichtiger Schritt zu mehr Information und Transparenz für die Konsumentinnen und Konsumenten in Österreich. Der Bericht wird künftig jährlich dem Nationalrat vorgelegt und über alle Aktivitäten und Kooperationen der AMA Marketing GmbH berichten.

Rechte von KleinbäuerInnen stärken [\(197 d.B.\)](#)

In dieser EntschlieÙung der Regierungsparteien wird die Bundesregierung aufgefordert, sich aktiv für die Bemühungen zur Förderung und zum Schutz der Rechte der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, der bäuerlichen Familienbetriebe und der in ländlichen Regionen arbeitenden Menschen einzusetzen – im Rahmen der EU, der Vereinten Nationen und anderen zuständigen internationalen Organisationen.

Einsatz gegen Menschenhandel intensivieren [\(198 d.B.\)](#)

Anlässlich neuester Berichte, wonach das weltweite Geschäft mit Garnelen systematisch auf Sklaverei und Menschenhandel aufgebaut sei, haben die Regierungsparteien eine EntschlieÙung an die Bundesregierung gerichtet. In dieser wird die Regierung aufgefordert, sich für eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit gegen den Menschenhandel einzusetzen.

Behandelte Berichte

Bürgeranliegen zu Hypo-Untersuchungsausschuss – Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen Nr. 43 [\(228 d.B.\)](#)

Die drei Petitionen und die Bürgerinitiative zum Hypo-Untersuchungsausschuss wurden nach einem sehr konstruktivem Hearing mit den beiden Sprechern der Initiativen, dem Kabarettisten Roland Düringer und dem 19-jährigen HTL-Schüler Christoph Konzett, als eigener Tagesordnungspunkt im Nationalrat behandelt.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Mittwoch, 9. Juli 2014

Parlamentssanierung beschlossen – Parlamentsgebäudesanierungsgesetz [\(206 d.B.\)](#)

Alle sechs Fraktionen unterstützten den neuen Plan für die **Parlamentssanierung**, der nun auch gesetzlich festgeschrieben wurde. Das Gesetz schreibt die **wesentlichen Eckpunkte** der ab 2017 beginnenden Parlamentssanierung fest. Demnach sollen alle **Schäden und Mängel behoben** sowie der gesetzeskonforme Zustand des Gebäudes hergestellt werden, vor allem im Bereich des **Brandschutzes**. Umgesetzt werden können damit außerdem **Verbesserungen im Betrieb**, den **Abläufen** und der **Nutzung** des Gebäudes. Die Parlamentssanierung bedeutet nicht einfach nur den Umbau eines Gebäudes, sondern steht auch symbolisch für den **Ausbau der Demokratie** und die **Verbesserung der parlamentarischen Arbeit** in Österreich. Der heutige Beschluss zeigt, welch hohen Stellenwert die Demokratie in Österreich hat.

Energieeffizienzpaket durchgesetzt! [\(182 d.B.\)](#)

Das **Energieeffizienz-Paket 2014** ist ein **Meilenstein der österreichischen Energiepolitik**. Mit dem Paket wird ein **Energieeffizienz-Verpflichtungssystem** für Energie-Lieferanten egal welchen Energieträgers geschaffen: In jedem Kalenderjahr müssen Energieeffizienz-MaÙnahmen durchgeführt werden, im **Ausmaß von 0,6 Prozent** des durchschnittlichen Energieverbrauches des Vorjahres. Durch die **Energielieferanten-Verpflichtung** wird die Menge an Energie eingespart, die **1,8 Mio. Haushalte bis 2020** an Strom verbrauchen würden. Das Gesetz ist auch ein **wirkames Instrument gegen Energiearmut**, da 40 Prozent der Energieeffizienz-MaÙnahmen bei Haushalten gesetzt werden müssen und Energieeffizienz-

Maßnahmen bei einkommensschwachen Haushalten stärker bei der Erfüllung der Verpflichtung gewichtet werden.

Energie-Lieferanten sollen sich auch zu **Energie-Dienstleistern** weiterentwickeln. Dazu wird das Paket einen entscheidenden Beitrag leisten, denn: Das Gesetz sieht vor, dass Energielieferanten ab einer bestimmten Größe für Kundinnen und Kunden eine **Ombudsstelle zu den Themen Energieeffizienz und Energiearmut** einrichten. Zur Erfüllung der Energieeffizienz-Verpflichtung sind außerdem Modelle angedacht, nach denen die Kundin bzw. der Kunde mit Vorschlägen für Maßnahmen an die Lieferanten herantritt.

Mehr Sicherheit bei SchülerInnentransporten – Novelle Gelegenheitsverkehrsgesetz [\(232 d.B.\)](#)

Für **SchülerInnentransporte**, die im **Gelegenheitsverkehr** mit Pkws oder Kleinbussen durchgeführt werden, **gilt künftig** wie für BerufskraftfahrerInnen die **0,1 Promille-Grenze**. Das bringt **mehr Sicherheit** ab dem kommenden Schulbeginn im Herbst. Denn **70 Prozent** der österreichischen SchülerInnentransporte werden in Kleinbussen oder PKWs durchgeführt. Es ereignen sich **jedes Jahr durchschnittlich 25 Unfälle** beim Transport von Schülerinnen und Schülern. Mit dem **Alkoholverbot** für die LenkerInnen sind die **Kinder und Jugendlichen im Verkehr noch besser geschützt**.

Stellungspflichtige sparen sich künftig Geld und Zeit – Novelle Führerscheingesetz [\(233 d.B.\)](#)

Pro Jahr werden rund **40.000 junge Leute vom Bundesheer gemustert**. Das **ärztliche Gutachten**, das bei dieser Musterung ausgestellt wird, wird in Hinkunft **18 Monate gültig** sein und **von den Führerscheinbehörden als Nachweis** anerkannt. Das ist sehr erfreulich, denn der **Führerschein wird damit billiger**. **Junge Männer ersparen sich damit Kosten bis zu 50 Euro**, das gilt auch für junge Frauen, die sich für eine Bundesheerkarriere entscheiden.

Maßnahmenpaket für Menschen mit Behinderung [\(235 d.B.\)](#)

Mit dieser **Novellierung des Bundesbehindertengesetzes** werden **wichtige Anliegen für Menschen mit Behinderung umgesetzt**: Der **Bundesbehindertenbeirat** wird um zwei Personen **aufgestockt**, mit einer/m Vertreterin/Vertreter von **Menschen mit Lernbeeinträchtigung** sowie einer/einem Vorsitzenden des Monitoringausschusses zur Überwachung der **UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung**. Präzisiert wird im Gesetz, dass der **Behindertenanwalt/anwältin** künftig sowohl vor der erstmaligen als auch vor einer Wiederbestellung öffentlich auszuschreiben ist. Weiters wird der Begriff des **Assistenz- und Therapiehundes** definiert und dem **Behindertenpass** Bescheidcharakter zuerkannt.

Waisenpension lebt nach gescheitertem Arbeitsversuch auf [\(236 d.B.\)](#)

Für **Menschen mit Behinderung**, die bei **Arbeitsversuchen am offenen Arbeitsmarkt** gescheitert sind, **lebt** mit dieser Novelle die **Waisenpension** wieder auf. Damit soll beigetragen werden, dass Menschen mit Behinderung Mut gemacht wird, einen **Arbeitsversuch zu starten**, ohne die Angst haben zu müssen, bei einem möglichen Scheitern finanzielle Nachteile zu erleiden.

Weitere Beschlüsse

Vertrag von Marrakesch soll ratifiziert werden [\(237 d.B.\)](#)

Mit diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, den Vertrag von Marrakesch zu ratifizieren. Dazu gibt es bereits einen Beschluss des Ministerrates, die Ratifizierung wird demnächst umgesetzt.

Neues Urlaubsersatzmodell für Bauarbeiter verringert [\(242 d.B.\)](#)

Das neue Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz regelt ein Jahr „Überbrückungsgeld“ für Bauarbeiter. Dies wird zu 95 Prozent von den Sozialpartnern selbst geregelt. Damit kann die Arbeitslosigkeit verringert werden.

Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz an das Unionsrecht angepasst [\(209 d.B.\)](#)

Bei der Novellierung des Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetzes geht es im Wesentlichen um Anpassungen an das Unionsrecht. Zudem wird die Möglichkeit geschaffen, beauftragte amtliche Tierärzte für Hygienekontrollen in allen zugelassenen Betrieben heranzuziehen.

Kein Handel mit Klontieren [\(210 d.B.\)](#)

In diesem Antrag werden die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung ersucht, auf europäischer Ebene für ein umfassendes Verbot des Imports von geklonten Tieren und daraus hergestellten Lebensmitteln, sowie des Imports und Handels mit Spermata und Embryonen von Klontieren, einzutreten.

Behandelte Berichte

Bericht zur Situation der Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung in Österreich 2012-2013 [\(III-80 d.B. und Zu III-80/204 d.B.\)](#)

Der Bericht zur Situation der Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung in Österreich 2012-2013 empfiehlt unter anderem, die Weiterführung der Politik, die das Ziel verfolgt, die „Ausbildungspflicht bis 18 Jahre“ tatsächlich zu implementieren, ein vorzeitiges Ausscheiden durch erfolgreichen Pflichtschulabschluss zu verhindern und die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in das System der beruflichen Erstausbildung besonders zu fördern.

Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen [\(229 d.B.\)](#)

Der vorliegende Sammelbericht gibt auch diesmal einen Überblick über einen Teil der im Ausschuss behandelten Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern. Der Bericht umfasst insgesamt 38 Bürgerinitiativen und 6 Petitionen. Themenschwerpunkte sind die Politikfelder Bildung, Verkehr, Innere Sicherheit sowie Menschenrechte und Soziales aber auch die Bereiche Landwirtschaft und Umwelt waren Gegenstand von Initiativen aus der Bevölkerung.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Donnerstag, 10. Juli 2014

Ausbau der Kinderbetreuung – 15a-Vereinbarung über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots [\(254 d.B.\)](#)

In den vergangenen Jahren hat der Bund den **Ausbau der Kinderbetreuung** mit bis zu **15 Millionen Euro pro Jahr** unterstützt. Jetzt wurde ein **15a-Vertrag zwischen Bund und Ländern** zum **weiteren Ausbau der Kinderbetreuung** zwischen 2014 und 2017 mit insgesamt **305 Mio. Euro** beschlossen. Diese Vereinbarung ist auch ein Schritt in Richtung **Qualitätsverbesserung** – aufgrund von **längeren Öffnungszeiten** und **stärkeren Förderungen von gemeindeübergreifenden Kooperationen, Personalkosten** und einem **besseren Betreuungsschlüssel**.

Die **Kofinanzierung der Länder sinkt** von 50 Prozent im Jahr 2014 schrittweise auf nur noch 35 Prozent im Jahr 2017. Auch **Mittel von privaten Rechtsträgern** können zu 50 Prozent bei der Kofinanzierung angerechnet werden. Im Sinne einer **besseren Planbarkeit** wird den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, 50 Prozent der für 2014 vorgesehenen Gelder bis ins Jahr 2016 mitzunehmen. **35 Prozent der Mittel** müssen in **zusätzliche Plätze für Drei- bis Sechsjährige** gesteckt werden.

Für den **Erhalt einer Förderung** müssen Kinderbetreuungseinrichtungen **45 Wochen im Jahr und 20 Stunden pro Woche geöffnet** sein, wobei bei **längeren Öffnungszeiten höhere Förderbeträge** vorgesehen sind. Die höchsten Förderungen gibt es für sogenannte VIF-konforme Plätze – das sind jene mit dem höchsten Vereinbarkeitsindikator für Beruf und Familie.

Rechtssicherheit für Menschen mit Behinderung – Novelle Familienlastenausgleichsgesetz 1967 [\(255 d.B.\)](#)

Eine **gesetzliche Klarstellung** wurde hinsichtlich des Familienbeihilfe-Bezuges bei **Menschen mit Behinderungen** beschlossen. Für den Fall, dass deren Einkommen mehrere Jahre über der dafür vorgesehenen Grenze liegt (zwischen 10.000 und 13.500 Euro/Kalenderjahr) und daher keine erhöhte Beihilfe zur Auszahlung kommt, wird klargestellt, dass der **Anspruch wieder entsteht**, wenn der Betroffene wieder unter die Einkommensgrenze fällt.

Damit werden **Menschen mit Behinderung** auf dem Weg zu einem **selbstbestimmten Leben** unterstützt, außerdem soll diese Regelung dazu beitragen, Menschen mit Behinderung Mut zu machen, einen **Arbeitsversuch zu starten**, ohne die Angst haben zu müssen, bei einem möglichen Scheitern finanzielle Nachteile zu erleiden.

Nationalrat sichert Mittel für Film/Fernsehabskommen – Novelle ORF-Gesetz [\(258 d.B.\)](#)

Der Nationalrat hat mit einer **Novelle des ORF-Gesetzes** den **ORF** dazu **verpflichtet**, auch weiterhin **acht Millionen Euro zur Finanzierung österreichischer Filme** im Rahmen des **Film/Fernsehabskommens** beizutragen. Der ORF hat in den **Jahren 2010 bis 2013** zumindest **acht Millionen jährlich** für das **Film/Fernsehabskommen** zur Verfügung gestellt und hat einen wichtigen **Bildungs- und Kulturauftrag**. Eine **Reduktion** der Unterstützung in den Folgejahren hätte **negative Auswirkungen** für die österreichische Filmwirtschaft. Mit der **gesetzlichen Verankerung** von mindestens acht Millionen Euro für das Film/Fernsehabskommen **stellt der Gesetzgeber sicher**, dass der **ORF seinem gesetzlichen Auftrag auch nachkommt** und der **österreichische Film** seinen in den letzten Jahren sehr erfolgreichen Weg **fortsetzen** kann.

Initiative im Bereich der Abrüstung und Nichtverbreitung von Nuklearwaffen [\(253 d.B.\)](#)

Der – im Ausschuss einstimmig angenommene – Entschließungsantrag fordert ein **klares Engagement der österreichischen Bundesregierung für Abrüstung und gegen Atomwaffen**. Dazu gehören Initiativen für das Ziel einer **atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten** sowie der Einsatz für ein **wirkungsvolles Verbot** seitens der **EU von Rüstungsexporten** – insbesondere von atomwaffenfähigen Systemen – **in Krisenregionen**. Die Bundesregierung wird auch aufgefordert sich für die **Streichung der nuklearen Abschreckung aus der NATO-Doktrin** auszusprechen.

Neues Mandatsverfahren – schnellere Ermittlungsverfahren – Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2014 ([203 d.B.](#))

Ermittlungen der Staatsanwälte wird ein **Zeitlimit von drei Jahren** gesetzt und das **Mandatsverfahren** wird in **kleineren Fällen wieder eingeführt**. Das sind die wichtigsten Punkte einer **Novelle der Strafprozessordnung**. Beim Mandatsverfahren, einem Kurzverfahren ohne Hauptverhandlung, sind die **Rechte der Verfahrensbeteiligten geschützt** und es kann nur durchgeführt werden, wenn Geldstrafen oder bedingte Freiheitsstrafen von maximal einem Jahr drohen, also nicht bei unbedingten Freiheitsstrafen.

Der **Angeklagte muss ausdrücklich auf eine Hauptverhandlung verzichten** und auch das **Opfer kann Einspruch** erheben. Dann muss ein **ordentliches Verfahren** durchgeführt werden. Weitere **Verbesserungen und Präzisierungen** im Strafprozessänderungsgesetz 2014: Für **komplexe und schwierige Schöffengerichtverfahren** wird wieder der **zweite Berufsrichter** eingeführt; außerdem wird der Kostenersatz für den Verteidiger bei Freisprüchen deutlich angehoben. In einem **Entschließungsantrag** werden u.a. verfahrensrechtliche Anreize gegeben, dass Strafverfahren durch Diversion beendet werden.

Faire Anpassungen für parlamentarische MitarbeiterInnen ([259 d.B.](#))

Parlamentarische MitarbeiterInnen verdienen bisher **1.681,77 Euro netto** monatlich, **Gehaltsvorrückungen** sind für sie **nicht vorgesehen** und das **letzte Mal erhöht** wurde das Basisgehalt im Jahr **2005**. Verschärfend kommt für die MitarbeiterInnen hinzu, dass es sich um **All-In-Verträge** handelt.

Durch den Beschluss dieses **Antrags der Regierungsfractionen** erhalten die Nationalratsabgeordneten für die Beschäftigung persönlicher MitarbeiterInnen künftig **mehr Geld**. Statt wie bisher 3.197 € brutto inklusive Arbeitgeberbeiträge sollen ab 1. August 4.291 € monatlich zur Verfügung stehen. Von der **Erhöhung der Spesenobergrenzen** für Abgeordnete wurde **Abstand genommen**, durch eine Systemumstellung kommt es lediglich zu **geringfügigen Anpassungen** von 498,41 Euro auf 514,93 Euro monatlich.

Weitere Beschlüsse

Ganztägige Schulformen: Mittel werden verschoben – Gesamtinvestition bleibt gleich – Änderung 15a-Vereinbarung über den Ausbau ganztägiger Schulformen ([256 d.B.](#))

Der Nationalrat hat die Verschiebung der Mittel für den Ausbau der schulischen Tagesbetreuung – als Folge der Sparvorgaben des Finanzministers für das Unterrichtsressort – beschlossen (15a-Vertrag zwischen Bund und Ländern). 50 Mio. Euro aus dem Jahr 2014 werden in die Jahre 2017 und 2018 verschoben. Wichtig dabei: Die Gesamtsumme von 800 Mio. Euro bleibt über die gesamte Laufzeit der 15a-Vereinbarung gleich.

Kündigung Europäisches Übereinkommens zum Schutz des archäologischen Erbes [\(252 d.B.\)](#)

Da mittlerweile ein revidiertes europäisches Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes besteht, wird mit dieser Regierungsvorlage das ursprüngliche Abkommen aus dem Jahr 1969 gekündigt. Seitens der Bundesregierung ist in Aussicht genommen, das revidierte Übereinkommen aus dem Jahr 1992 zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Novelle Bundes-Personalvertretungsgesetz [\(257 d.B.\)](#)

Das Bundes-Personalvertretungsgesetz regelt Aufgaben, Organe, Struktur sowie Rechte und Pflichten der Personalvertretung im Bundesdienst. Anlass der Novelle waren vor allem technische und terminologische Anpassungen, die zur Anpassung der Personalvertretungs-Strukturen an die BMG-Novelle notwendig wurden.

Bürgerinitiative "Kampf gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie sowie gegen Homophobie" [\(196 d.B.\)](#)

Die Bürgerinitiative wird als positiver Input anerkannt, wenngleich sie in Detailfragen juristische Fehleinschätzungen vornimmt. So ist etwa für ethnische Herkunft bereits ein umfassender Diskriminierungsschutz auch im privaten Bereich gegeben. Anders verhält es sich bei Religion, sexueller Orientierung und Weltanschauung: Dort ist der umfassende Diskriminierungsschutz auf die Arbeitswelt beschränkt. Die diesbezügliche Forderung, den Diskriminierungsschutz auszuweiten, ist zu unterstützen.

Rechte prozessunfähiger Personen werden gestärkt – Exekutionsordnungs-Novelle [\(202 d.B.\)](#)

Mit dem Beschluss einer Regierungsvorlage, die verschiedene Gesetze aus dem Justizbereich abändert, werden u.a. die Rechte prozessunfähiger Personen im Falle von Zwangsversteigerungen gestärkt. Die Vergütung von GerichtsvollzieherInnen wird angehoben.

Reden

Rede vom 09.07. zum Entschließungsantrag für ein Rederecht für EU-Abgeordnete im Nationalrat

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Europapolitik ist spätestens seit dem Lissabon-Vertrag keine Außenpolitik mehr, denn EU-Politik und nationale Politik sind in etlichen Bereichen nicht mehr zu trennen, sie sind zu sehr verwoben. Der Informationsaustausch, die Möglichkeiten zur Aussprache und zur Diskussion mit den europäischen Institutionen, also dem Rat, der Kommission und dem Parlament, müssen daher verbessert werden. Dabei schätzen wir es, wenn die MEPs in den Hauptausschuss oder in den EU-Unterausschuss kommen und dort an den Diskussionen teilnehmen.

Allerdings müssen wir aufpassen, dass wir in guter Absicht nicht über das Ziel hinausschießen. Wenn wir uns den Antrag anschauen, so würden die Europa-Abgeordneten mehr Rederecht erhalten als jeder Abgeordnete hier in diesem Haus, mit Ausnahme der Präsidentin. Ich glaube, das kann nicht das Ziel des Antrags sein.

Ich möchte daher Folgendes vorschlagen: Es gibt zurzeit sowieso gerade Gespräche und Verhandlungen über ein umfassendes Reformpaket, mit dem wir das EU-Verfahren verbessern können. In diesen Gesprächen sollten wir all die unterschiedlichen Ideen, die vorliegen, aufnehmen und besprechen und behandeln. So hatten wir vor einiger Zeit einen ersten, eigens eingerichteten Austausch zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und des Nationalrates. Wiederholung wurde gewünscht.

Das ist auch einer der Vorschläge, die man hört. Besprechen wir also im Zuge des Reformpakts diese Ideen, die auf dem Tisch liegen, weiter! – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ sowie des Abg. Strolz.)*

Rede vom 10.07. zum Entschließungsantrag zu den Bemühungen der österreichischen Bundesregierung im Bereich der Abrüstung und Nichtverbreitung von Nuklearwaffen

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Außenminister! Bereits seit 1968 gibt es den Atomsperrvertrag. In diesem Vertrag verzichten die atomfreien Staaten darauf, Kernwaffen anzuschaffen. Als Gegenleistung haben die Atomwaffenstaaten versprochen, sich auf einen Prozess zur vollständigen Vernichtung der eigenen Arsenale zu einigen. Es sind jetzt beinahe 50 Jahre vergangen seit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, 25 Jahre seit Beendigung des Kalten Krieges, 69 Jahre seit den furchtbaren Explosionen in Hiroshima und Nagasaki – und noch immer haben die Atomwaffenstaaten ihren Teil des Vertrages nicht erfüllt, noch immer werden Atomwaffenbestände modernisiert und nicht zerstört, noch immer ist die atomare Abschreckung Teil der NATO-Doktrin und noch immer halten die Atommächte rund 2 000 Atomraketen auf hoher Alarmstufe bereit, die sie in wenigen Minuten abfeuern könnten. Auch die Gefahr einer nuklearen Explosion, ausgelöst durch den Staat oder durch Terroristen, absichtlich oder durch Unfall, ist nicht geringer, sondern eher größer geworden.

Norwegen, Mexiko und Österreich haben jetzt gemeinsam eine neue Initiative angestoßen, die international als enorm wichtig angesehen wird. Es gibt Konferenzen vor allem auch zu den humanitären Folgen des Einsatzes von Atomwaffen, die riesigen Zuspruch gefunden haben. Sie klären nicht nur weltweit öffentlich über die gewaltigen Gefahren auf, sondern sie verpassen der festgefahrenen Abrüstungsdebatte auch eine neue Dynamik vor allem mit Hilfe der Zivilgesellschaft und sie erhöhen damit den Druck auf die Atomwaffenstaaten, sich endlich zu bewegen.

Dieser neue Schwung, dieser neue Druck müssen erhalten bleiben. Daher ist es auch so wichtig, dass diese Konferenz, die im Dezember in Wien stattfinden wird, ein Erfolg wird. Es ist wichtig, dass das Parlament ein eindeutiges Signal und, wenn möglich, ein einstimmiges Zeichen setzt. Dadurch machen wir deutlich, dass die Regierung, wenn sie sich für diesen Bereich einsetzt, die volle Rückendeckung des Parlaments hat, und wir unterstützen unsere zuständigen Diplomaten, die hervorragende Arbeit leisten, mit unserer gemeinsamen Kraft und Energie. Ich glaube, das kann international durchaus viel bewirken. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen neue Vizepräsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE \(02.07.2014\)](#)

[Nationalrat - Muttonen: Druck auf Atomwaffenstaaten erhöhen \(10.07.2014\)](#)

Tagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Baku



Vom 28. Juni bis 02. Juli war ich bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Baku. Die Sitzung fand unter dem Thema "*Helsinki +40 – zu einer menschlichen Sicherheit für alle*" (in Helsinki war 1975 die Konferenz für Sicherheit und Kooperation gegründet worden, aus der 1995 die OSZE hervorgegangen ist). Beherrschendes Thema war

natürlich die Krise in der Ukraine. Die OSZE spielt in dieser Krise eine wichtige friedensstiftende Rolle, indem sie Krisenbeobachter in die Ostukraine sendet, die Präsidentschaftswahlen begleitete und Gespräche zwischen den Konfliktparteien vermittelt.

Eine weitere Debatte gab es zu dem Thema "*Der Aufstieg von Extremismus, Radikalismus und Fremdenfeindlichkeit: Herausforderungen für die OSZE-Region*". In der Debatte wurde von vielen Abgeordneten gefordert, sich nicht allein auf die Bekämpfung der Symptome von Extremismus, Radikalismus und Fremdenfeindlichkeit zu beschränken, sondern auch daran zu arbeiten, deren Ursachen, wie bspw. soziale Ungerechtigkeiten, zu beseitigen.

Neben den inhaltlichen Debatten stand auch die Wahl eines neuen Präsidiums an. Als Präsident der Versammlung wurde der konservative ehemalige Außenminister Finnlands Ilkka Kanerva gekürt. Als österreichische Sozialdemokratin bin ich von den Delegierten zur Vizepräsidentin der Versammlung gewählt worden und freue mich Österreich in dieser internationalen Position vertreten zu können.

Unter den folgenden Links findet ihr weitere Informationen zu der OSZE-Sitzung in Baku, die verabschiedete Resolution und meine Redebeiträge:

- [Allgemeine Informationen](#) (auf Englisch)
- [Resolution von Baku](#) (auf Englisch)
- [Rede zur Ukraine-Krise](#) (ab Minute 28 auf Deutsch)
- [Rede zum Thema "Aufstieg von Extremismus, Radikalismus und Fremdenfeindlichkeit: Herausforderungen für die OSZE-Region" \(ab 1 Stunde 10 Minuten auf Deutsch\)](#)

Tadschikische Politikerinnen zu Besuch im Nationalrat

Am 08. Juli durfte ich eine Delegation weiblicher Abgeordneter aus Tadschikistan im Nationalrat begrüßen. Die Frauen gehören den verschiedenen tadschikischen Parteien an und haben gemeinsam eine Plattform gegründet, mit deren Hilfe sie frauenpolitische Themen besser in die tadschikische Politik transportieren wollen. Mit mir wollten sie sich treffen, um Erfahrungen auszutauschen und sich über die Situation von Frauen in der österreichischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu informieren.



Kampagne "Lohnsteuer runter"

Die ÖGB hat eine Kampagne zur Senkung der Lohnsteuer gestartet, die auch ich aus vollem Herzen mittrage. Auch ihr könnt die Kampagne unterstützen. Unter dem folgenden [Link](#) findet Ihr Informationen zur Kampagne und eine Online-Unterschriftenliste.



EU-Hauptausschuss nominiert Johannes Hahn zum EU-Kommissar



Am Freitag ist der EU-Hauptausschuss zu einer letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammengekommen. Auf der Sitzung wurde der bisherige österreichische EU-Kommissar Johannes Hahn von einer breiten Mehrheit erneut für den Kommissarsposten nominiert. Für ein Festhalten an Hahn sprach zum einen die gute Arbeit die er in den letzten Jahren als Kommissar für Regionalpolitik geleistet hat und die gute

Zusammenarbeit mit allen Parteien im Nationalrat. Zum Anderen erhöhen sich die Chancen Österreichs auf einen bedeutenden Kommissarsposten, wenn ein bekannter und erfahrener Kandidat ins Rennen geschickt wird. Auch die SPÖ unterstützte Johannes Hahn, forderte von ihm aber ein entschlosseneres Eintreten in der Kommission für die Finanztransaktionssteuer, für einen Sparkurs der nicht länger exzessiv auf Kosten der Bevölkerung umgesetzt wird, sondern auch Wachstum ermöglicht und für eine bessere Förderung von Frauen, insbesondere in den ländlichen Regionen.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at